



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

2013/0137(COD)

5.2.2014

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und
Lebensmittelsicherheit

für den Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des
Rates über die Erzeugung von Pflanzenvermehrungsmaterial und dessen
Bereitstellung auf dem Markt (Rechtsvorschriften für
Pflanzenvermehrungsmaterial)
(COM(2013)0262 – C7-0121/2013 – 2013/0137(COD))

Verfasserin der Stellungnahme: Pilar Ayuso

PA_Legrej

KURZE BEGRÜNDUNG

Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ersucht den Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, den Vorschlag der Kommission für eine Verordnung über die Erzeugung von Pflanzenvermehrungsmaterial und dessen Bereitstellung auf dem Markt in erster Linie aus folgenden Gründen abzulehnen:

- **Der einheitliche Ansatz**

Aufgrund seiner großen Vielfalt wird Pflanzenvermehrungsmaterial derzeit durch 12 Richtlinien geregelt, womit die Rechtsvorschriften an jeden spezifischen Fall angepasst sind. Es besteht folglich die Gefahr, dass mit dem einheitlichen Ansatz die unterschiedlichen Anforderungen des vorhandenen Pflanzenvermehrungsmaterials und die Bedürfnisse der Unternehmer, der Verbraucher und der zuständigen Behörden nicht berücksichtigt werden. Außerdem waren sowohl die betroffenen Branchen als auch die Mitgliedstaaten bei den Anhörungen, die im Vorfeld der Ausarbeitung des Legislativvorschlags stattfanden, der Ansicht, die bestehende Rechtsstruktur sei grundsätzlich zufriedenstellend, sie würden sich jedoch gegebenenfalls einer Überprüfung nicht verschließen. Mit dem Vorschlag, alle derzeit bestehenden Richtlinien in einem einzigen Rechtsakt zusammenzufassen, kommt die Kommission keiner spezifischen Anforderung der betroffenen Parteien nach.

- **Delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte**

Angesichts der in dem Vorschlag vorgesehenen großen Zahl an delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten können die späteren Auswirkungen der Verordnung nur schwerlich angemessen abgeschätzt werden.

- **Anwendungsbereich**

Der Vorschlag umfasst auch forstliches Vermehrungsmaterial, das derzeit mit der Richtlinie 1999/105/EG des Rates vom 22. Dezember 1999 über den Verkehr mit forstlichem Vermehrungsgut geregelt ist. Abgesehen davon, dass dieser spezifische Bereich bereits durch Rechtsvorschriften der EU abgedeckt ist, besteht kein offensichtlicher Zusammenhang mit Lebensmittelsicherheit (die eines der maßgeblichen Argumente der Kommission war, als sie das Paket im Mai 2013 vorlegte).

Bei früheren Beratungen äußerten die Mitglieder des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit außerdem ihre Bedenken über Pflanzenvermehrungsmaterial zu Zierzwecken, für den Verkauf an Hobbygärtner bestimmtes Vermehrungsmaterial, die unzureichende Folgenabschätzung der Kommission, das erweiterte Mandat des Gemeinschaftlichen Sortenamtes (CPVO) sowie die unklaren Begriffsbestimmungen und den unnötigen Verwaltungsaufwand, der den Mitgliedstaaten und den Unternehmern auferlegt wird und möglicherweise zu einer kleineren Auswahl und weniger Transparenz für die Verbraucher führt. Außerdem betonten viele Mitglieder, dass die EU-Rechtsvorschriften zu Pflanzenvermehrungsmaterial die Aufrechterhaltung der biologischen Vielfalt in der Landwirtschaft und dem Gartenbau erleichtern und begünstigen müssen.

Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ersucht den federführenden Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, die Ablehnung des Vorschlags der Kommission vorzuschlagen.

VERFAHREN

Titel	Erzeugung von Pflanzenvermehrungsmaterial und dessen Bereitstellung auf dem Markt (Verordnung über Pflanzenvermehrungsmaterial)
Bezugsdokumente - Verfahrensnummer	COM(2013)0262 – C7-0121/2013 – 2013/0137(COD)
Federführender Ausschuss Datum der Bekanntgabe im Plenum	AGRI 23.5.2013
Stellungnahme von Datum der Bekanntgabe im Plenum	ENVI 23.5.2013
Assoziierte(r) Ausschuss/Ausschüsse - Datum der Bekanntgabe im Plenum	21.11.2013
Verfasser(in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Pilar Ayuso 19.6.2013
Prüfung im Ausschuss	27.11.2013
Datum der Annahme	30.1.2014
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 49 -: 0 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Sophie Auconie, Pilar Ayuso, Sandrine Bélier, Biljana Borzan, Tadeusz Cymański, Spyros Danellis, Esther de Lange, Bas Eickhout, Edite Estrela, Elisabetta Gardini, Matthias Groote, Satu Hassi, Jolanta Emilia Hibner, Karin Kadenbach, Martin Kastler, Christa Kläß, Claus Larsen-Jensen, Jo Leinen, Corinne Lepage, Peter Liese, Zofija Mazej Kukovič, Linda McAvan, Radvilė Morkūnaitė-Mikulėnienė, Vladko Todorov Panayotov, Pavel Poc, Anna Rosbach, Oreste Rossi, Dagmar Roth-Behrendt, Richard Seeber, Bogusław Sonik, Claudiu Ciprian Tănăsescu, Glenis Willmott, Sabine Wils, Marina Yannakoudakis
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Kriton Arsenis, Julie Girling, Jutta Haug, Filip Kaczmarek, James Nicholson, Vittorio Prodi, Christel Schaldemose, Birgit Schnieber-Jastram, Bart Staes, Rebecca Taylor, Vladimir Urutchev, Andrea Zaroni
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Hiltrud Breyer, Vojtěch Mynář, Bill Newton Dunn